



Regierungsratsbeschluss vom 19. März 2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Erleichterung der selbstständigen Erwerbstätigkeit, Berücksichtigung des Lebensmittelpunkts und Zugriffe auf Informationssysteme); Vernehmlassung

P231822

1. Der Regierungsrat genehmigt das vorgelegte Antwortschreiben an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Begründung

Der Bundesrat sieht beim Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG; SR 142.20) in verschiedenen Bereichen Anpassungsbedarf, welche mit der vorliegenden Änderung angegangen werden sollen. Der Kanton Basel-Stadt begrüsst, dass eine gesetzliche Grundlage für die kantonalen Justizvollzugsbehörden geschaffen werden soll, damit diese bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben auf bestimmte Daten im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) zugreifen können. Kritisch hingegen beurteilt wird, dass die Bewilligungspflicht für den Wechsel von einer unselbstständigen zu einer selbstständigen Erwerbstätigkeit von Inhaberinnen und Inhabern einer Aufenthaltsbewilligung aufgehoben werden soll.

